

Der Golfkrieg nachgerechnet

Ökonomische Gründe für moralische Alternativen

Kriegskosten und Friedensmoral

Der zweite Golfkrieg wird, so viel ist schon aus heutiger Sicht klar, die kriegführenden Staaten weit mehr als 1000 Milliarden Dollar gekostet haben, wenn einmal der letzte fremde Soldat von irakischem Territorium abgezogen sein wird.¹ Diese Summe setzt sich zusammen aus den direkten Kosten des Krieges, den Kosten militärischer Operationen also und deren nichtmilitärischer Begleitmaßnahmen, den Kriegsfolgekosten wie der langfristigen Versorgung der Kriegsversehrten, dem Schuldendienst für kreditfinanzierte Kriegsausgaben und einer geringen ölpreisbedingten Minderung des Wirtschaftswachstums.² Die Kosten für den ökonomischen Neuaufbau des Iraks und sonstige innerirakischen Kriegsfolgekosten sind darin noch nicht enthalten.

Um die Bedeutung dieser Zahlen zu ermessen, muss man ihnen die gegenwärtigen ökonomischen Realitäten des Iraks gegenüberhalten. Im Irak liegt die jährliche Wirtschaftsleistung pro Kopf derzeit unter 3.500,- Dollar, die des gesamten Landes unter 100 Mrd. Dollar. Die Kosten des Krieges entsprechen demnach dem Zehnfachen der jährlichen irakischen Wirtschaftsleistung. Umgerechnet auf jeden irakischen Bürger, wird der Krieg mindestens 35.000,- Dollar, umgerechnet auf eine 6-köpfige irakische Durchschnittsfamilie deutlich mehr als 200.000,- Dollar gekostet haben. Nicht nur aus Sicht der irakischen Bevölkerung sind dies natürlich unvorstellbare Summen. Pro Kopf gerechnet, werden die Kriegsausgaben westlicher Staaten am Ende höher liegen als die Wirtschaftsleistung, die von der Mehrzahl der Iraker im Laufe ihres Lebens erbracht wird.

Dies ist der rein ökonomische Aspekt, und er spricht schon für sich eine klare Sprache. Die moralische Bilanz des Krieges ist natürlich noch viel verheerender. Dieser Krieg kostet Hunderttausende von Opfern, von Kriegstoten und

¹ S. hierzu u.a. die Schätzungen von Joseph Stiglitz in DER SPIEGEL 14/2006, S. 91.

² Dass die kriegsbedingte Ölverteuerung Wohlstand umverteilt hat, nämlich von den Abnehmern zu den Lieferanten fossiler Energieträger, ist hierbei nicht berücksichtigt. Dieser Umverteilungseffekt hat zwar wenige Reiche noch reicher und viele Arme noch ärmer werden lassen, als es ohne diesen Krieg der Fall gewesen wäre, er lässt sich aber nicht seriös als Wohlstandsverlust quantifizieren.

physisch wie psychisch unheilbar Versehrten, und diese Opfer werden keinem Saddam Hussein und keinem despotischen irakischen Regime mehr anzurechnen sein. Es sind die Opfer eines Krieges, für den die moralische Verantwortung allein bei den Interventionsstaaten liegt, bei westlichen Demokratien also und vor allem bei den USA.

Die diesem zweiten Golfkrieg zugrunde liegende politische Denkweise steht in einer fatalen ideologischen Tradition westlicher Demokratien. Es ist die Ideologie einer schon mit dem ersten Golfkrieg, von allem aber mit dem Kosovo-Krieg demonstrierten Kriegsbereitschaft. Vor allem der Krieg im Kosovo stand für eine neu entstandene oder wiedererstarke Bereitschaft sämtlicher NATO-Staaten nicht nur zum Verteidigungs-, sondern auch zum Angriffskrieg.

Diese Kriegsbereitschaft war nicht zuletzt auf eine viel zu optimistische Einschätzung sowohl von Kriegskosten wie auch von Kriegsfolgen gegründet. So optimistisch gesehen, konnte der Kosovo-Krieg als Präzedenzfall eines "humanitären" Krieges erscheinen, dem weitere "humanitäre" Militärinterventionen zu folgen hätten, um Diktatoren zu stürzen und die Wertvorstellungen westlicher Demokratie in den angegriffenen Ländern durchzusetzen. Die dem Kosovo-Krieg zugrunde liegenden politischen Überlegungen stärkten die Überzeugung, dass "humanitäre" Kriege auch als Angriffskriege moralisch legitimiert seien. Überzeugt waren demokratische Regierungen beispielsweise davon, dass solche Kriege moralisch generell weniger schlimm seien als Bürgerkriege. Bei den beteiligten Regierungen im Westen setzte sich auch die Überzeugung durch, dass die einem solchen Krieg folgende Militärherrschaft einer demokratischen Besatzungsmacht generell weniger schlimm sei als die Herrschaft eines vorherigen nichtdemokratischen Regimes. Dies war ein Weltbild von verführerischer Simplität.

Spätestens der zweite Golfkrieg machte deutlich, dass eine viel pessimistischere Sicht der Dinge angebracht war. Dieser Krieg bestätigte die schon anlässlich des Kosovo-Krieges angestellte Diagnose, dass die neue Kriegsbereitschaft demokratischer Staaten auf fundamentalen friedenspolitischen Fehleinschätzungen beruhte.³ Schon dem Kosovo-Krieg war weder eine halbwegs seriöse moralische noch auch eine halbwegs kompetente ökonomische Analyse vorausgegangen. Schon dieser Krieg hatte auch offenbart, dass es den beteilig-

³ S. hierzu Burkhard Wehner, Prämierung des Friedens. Alternativen zum humanitären Krieg, Wiesbaden 1999.

ten Regierungen an Vorstellungsvermögen für das zu erwartende Nachkriegszenario eklatant mangelte. Im zweiten Golfkrieg hat sich all dies in größerem Maßstab wiederholt.

Krieg ist immer ein moralisches und ein ökonomisches Problem zugleich. Dies führt immer dann zu einem friedenspolitischen Dilemma, wenn die ökonomische und die moralische Sicht der Dinge sehr unterschiedliche Schlussfolgerungen nahelegen. Schon die Analyse des Kosovo-Krieges hatte aber gezeigt, dass die ökonomische Beurteilung friedenspolitischer Optionen dem moralischen Urteil keineswegs widerspricht. Dies gilt insbesondere für vermeintliche humanitäre Angriffskriege, die dem Präzedenzfall des Kosovokrieges folgen.

Wenn nüchternes ökonomisches Kalkül auch moralisch den richtigen Weg weist, dann bedarf es in der Friedenspolitik nicht einmal besonderer moralischer Sensibilität. Um wenigstens ein halbwegs fundiertes ökonomisches Kalkül anstellen zu können, hätte man allerdings wissen müssen, dass die Kosten eines "humanitären" Krieges nur nach einer sorgfältigen Analyse auch kultureller, konfessioneller, ethnischer, ideologischer und anderer Gegebenheiten im eventuellen Kriegsgebiet abschätzbar sein würden. Wäre eine solche umfassende Analyse schon im Fall Kosovo angestellt worden, dann hätten neben den moralischen auch alle ökonomischen Argumente dafür gesprochen, diesen Konflikt mit nichtkriegerischen Mitteln zu lösen. Es wären Lösungen gefunden worden, die weit weniger gekostet hätten als die militärische Intervention, weniger Geld, weniger Menschenleben und weniger politischen Respekt.

Wenigstens nachträglich hätten die Staaten der NATO den Kosovo-Krieg zum Anlass für eine gründliche konzeptionelle Überprüfung ihrer Friedenspolitik nehmen müssen. Wenn schon keinen Fortschritt in moralischer Sensibilität, hätte solche Analyse wenigstens die Einsicht fördern können, dass auch bei künftigen "humanitären" Kriegen ein ökonomisches Fiasko droht. Diese Einsicht ist aber in demokratischen Staaten nicht gediehen. Statt dessen setzte sich die mit dem Kosovokrieg wiedererstarke Kriegsbereitschaft fort, um schließlich mit dem zweiten Golfkrieg einen vorläufigen tragischen Höhepunkt zu erreichen. Dieser Krieg, angezettelt von den USA, unterstützt von zahlreichen Befürwortern in westlichen Demokratien und toleriert selbst noch von seinen politischen Gegnern in Deutschland und anderswo, war angesichts solcher geistigen Verweigerungshaltung demokratischer Staatsführungen unabwendbar.

Krieg als Nebensächlichkeit

So unsinnig die "humanitären" Angriffskriege aus ökonomischer Sicht auch waren, so leicht ließen sich doch die ökonomischen Folgen für die angreifenden demokratischen Staaten verschmerzen. Auch langfristig werden diese Kriege in keinem dieser Staaten, auch nicht in den USA, zu einer ökonomischen Belastung von großem politischem Gewicht werden.

Für die USA war, ganz im Gegenteil, der erste Golfkrieg sogar ein gutes Geschäft geworden, da dessen Kosten zu mehr als hundert Prozent auf die Verbündeten abgewälzt werden konnten.⁴ Auch die Kosten des Kosovo-Krieges konnten auf die beteiligten NATO-Staaten so verteilt werden, dass die Auswirkungen auf die einzelnen Staatshaushalte sehr gering blieben. Die Kosten des zweiten Golfkrieges dagegen fielen vor allem im Staatshaushalt der USA deutlich stärker ins Gewicht.

Dennoch blieb auch dieser Krieg ein ökonomisch leicht zu verschmerzender Fehler. Er hat die USA auch in seiner aufwändigsten Phase deutlich weniger als 2% der gesamten jährlichen Wirtschaftsleistung gekostet. Diese Mehrausgaben konnten und können überwiegend durch eine Erhöhung der laufenden Neuverschuldung des Staates finanziert werden. Die dadurch bedingte Kreditaufnahme erfolgt auf einem globalen Kapitalmarkt, der hierauf nur mit einer kaum wahrnehmbaren Erhöhung des Zinsniveaus reagiert. Die resultierende zusätzliche Zinsbelastung des Staatshaushaltes der USA bleibt für die große Mehrheit der Bürger unterhalb der Wahrnehmungsschwelle. Wirklich vehemente politische Proteste gegen die vermeidbaren Kosten des Krieges bleiben daher aus. Das ökonomische Fiasko ist nachweisbar, aber es bleibt ein Fiasko der nüchternen Zahlen.

Wenigstens diese Zahlen aber sollten der politischen Öffentlichkeit zugänglich sein. Die Zahlen offenbaren, dass die Urheber des Golfkrieges nicht nur moralisch versagt haben, sondern dass sie nicht einmal das ökonomische Einmaleins des Krieges beherrschten. Um politisch ganz anders zu handeln, hätte es nur der schlichten, aus einer Analyse des Kosovo-Krieges herzuleitenden ökonomischen Einsicht bedurft, dass alternative Konfliktlösungen viel billiger wären als ein "humanitärer" Krieg.

⁴ Auf die Verbündeten abgewälzt wurden nicht nur die unmittelbaren Kosten des Krieges, sondern auch die Kosten der Modernisierung der im Krieg verlorenen und beschädigten militärischen Ausrüstung.

Friedenswahrende Alternativen

Demokratische Staaten tun sich mit friedenspolitischen Alternativen schwer, solange sie zu nichts anderem fähig sind, als in bekriegten Staaten ihre eigene politische Ordnung durchzusetzen. Um höhere friedenspolitische Kompetenz zu erlangen, müssten sie sich auch auf politische Bedürfnisse einlassen, die in ihrer eigenen Staatsform nicht befriedigt werden können. Sie dürften sich beispielsweise im Fall Irak nicht über die separatistischen Anliegen großer Bevölkerungsteile blind hinwegsetzen, sondern sie müssten diese als gewichtigen Teil der politischen Realität anerkennen. Demokratische Staaten müssten solche Anliegen, wie schwer sie zunächst auch politisch beherrschbar erscheinen mögen, in ihrer emotionalen Intensität würdigen, und sie müssten sie dementsprechend gleichrangig mit oder sogar vorrangig vor anderen politischen Anliegen behandeln. Sie müssten Möglichkeiten suchen, um beispielsweise einen eventuellen Wunsch von Kurden, Schiiten und Sunniten nach Eigenstaatlichkeit zu respektieren.

Gelingen könnte dies nur im Rahmen einer Friedenspolitik, die auf neokratische Konzepte gegründet ist. Schon im Fall Kosovo hätte, um nicht in ein militärisches Protektorat von unabsehbarer Dauer hineinzuschlittern, den Bürgern ganz anderes in Aussicht gestellt werden müssen als die herkömmliche Form von Demokratie. Auch im Irak hat sich gezeigt, dass die Versprechung herkömmlicher Demokratie nicht dauerhaft befriedet. Auch dort kann der offene Bürgerkrieg nur durch ein andauerndes militärisches Protektorat vorläufig verhindert werden. Nur wenn die Interventionsmächte bereit wären, auf dem besetzten Territorium wirklich neue, also neokratische Formen von Demokratie anzubieten, bestünde die Chance, den Schritt vom militärisch gesicherten Frieden zu nachhaltig friedenswahrenden, nämlich auf größtmöglicher Freiwilligkeit der Staatszugehörigkeit gegründeten Staatformen zu tun. Wächst diese Bereitschaft auf Seiten der Interventionsmächte nicht, dann werden Staatsgrenzen und Staatszugehörigkeiten letztlich doch irgendwann mit Gewalt bis hin zu Terror und Bürgerkrieg neu auszukämpfen sein.

Zu einer kompetenten Konfliktlösung im Fall des Irak hätte auch das Bekenntnis gehört, dass schon dessen Gründung ein historisches Unrecht war. Die territorialen Grenzen und die ethnische und konfessionelle Bevölkerungsstruktur dieses Staates sind niemals aus einem freien Willen der Bürger hervorgegangen. Sie sind das Ergebnis bürgerferner politischer Willkür von Despoten und Kolonialmächten.

Von Regierungen bestehender, auch und gerade demokratischer Staaten ist nichts anderes zu erwarten, als dass sie solch altes historisches Unrecht zementieren oder vergleichbares Unrecht neu schaffen. Der Umgang mit historischem Unrecht bedürfte daher ganz neuer, nur hierauf spezialisierter, dementsprechend kompetenter und damit auch legitimierter suprastaatlicher Institutionen. Nur solche ganz und gar neuartigen Institutionen hätten eine Chance, von Konfliktparteien als wirklich unparteilich anerkannt zu werden und demzufolge allseitig respektierte Schiedssprüche fällen zu können.⁵

Loslösung von der Despotie

Es gibt natürlich auch immer ein Übergangsproblem. Der Übergang zu einem erhofften demokratischen Regime setzt den Sturz des Despoten voraus. Man kann einen solchen Sturz durch Krieg herbeiführen, aber man kann ihn auch als einen historischen Prozess betrachten. Die Kriegsbereitschaft demokratischer Staaten hatte in jüngerer Vergangenheit auch mit historischer Ungeduld in dieser Frage zu tun. Westliche Regierungen wollten den Zeitpunkt für den Tyrannensturz in einigen Ländern selbst bestimmen. Sie wollten bestimmen, wann ein Milosevic und wann ein Saddam Hussein entmachtet wird, und eben hierfür riskierten sie den Krieg.

Den Sturz der Despotie als historischen Prozess zu behandeln würde bedeuten, ihn der betroffenen Bevölkerung selbst zu überlassen. Einen solchen rein innerstaatlichen Vorgang müssten demokratische Staaten aber keinesfalls tatenlos abwarten. Sie könnten einen solchen Prozess vielmehr mit nichtmilitärischen Mitteln wesentlich beschleunigen. Dies könnten sie beispielsweise tun, indem sie nachträgliche finanzielle Belohnungen versprechen, die als befristete Einkommenshilfen für alle Bürger auf dem Territorium des betroffenen Staates gezahlt werden. Dies könnte wenigstens teilweise für die ökonomischen Turbulenzen entschädigen, die mit dem Sturz einer Despotie in der Vergangenheit regelmäßig einhergingen.

Wie hoch eine solche Zahlung zu bemessen wäre, bedürfte natürlich einer sorgsam politischen Abwägung. Sie sollte einerseits hoch genug sein, um als Anreiz zum Sturz der Despotie hinreichende Wirkung zu tun, andererseits sollte sie nicht zu einem Präzedenzfall werden, der falsche Erwartung weckt. Ein wertvoller Anhaltspunkt wären in dieser Hinsicht die voraussichtlichen Kosten eines zu vermeidenden Krieges. Kompetent ermittelt, könnten diese

⁵ S. Hierzu auch "Der Umgang mit historischen Unrecht" in www.reformforum-neopolis.de

Kosten zur Messlatte dafür werden, wie hoch die Belohnung eines Staatsvolkes für den selbst vollbrachten Sturz seiner Despotie und für den Übergang in eine friedfertige Demokratie äußerstenfalls ausfallen dürfte.

Ein Konzept zur nichtmilitärischen Befriedung einer Konfliktregion müsste demnach drei elementare Bestandteile aufweisen. Neben einer ökonomisch und politisch gut begründeten Übergangshilfe an die betroffenen Bürger wäre dies als Zweites ein neuartiger Umgang mit historischem Unrecht, und als Drittes wäre es die Aussicht auf neokratische Entwicklungen der politischen Ordnung. Wenn diese drei elementaren Voraussetzungen erfüllt wären, würden in künftigen Konfliktfällen wie denen im Kosovo oder im Irak viel glimpflichere Alternativen möglich als Krieg und anschließendes Protektorat.

Der Krieg im Irak wird als ein Gegenbeispiel zu solcher Friedensvision in die Geschichte eingehen. Er wird am Ende viel mehr gekostet haben als jeder denkbare Versuch, den politischen Wandel mit nichtmilitärischen Mitteln zu gestalten und dabei die moralische Integrität demokratischer Staaten zu wahren. Weil dieser Krieg und seine Folgen so aufwändig sind, hat er zudem die politische Bereitschaft gelähmt, nachhaltig in einen anschließenden Frieden zu investieren. Auch deswegen wird er als ein Krieg in Erinnerung bleiben, der mindestens tausend Milliarden Dollar verschwendet hat, ohne dass ein Fortschritt in der politischen Zivilisierung bewirkt worden wäre.

Wären im Kriegsgebiet tausend Milliarden Dollar in einen neokratischen Frieden investiert worden, in einen friedenswahrenden Übergangsprozess, in den langfristigen Aufbau einer neuen politischen Ordnung, in eine ebenso langfristig angelegte Neugliederung von Staatsgebieten, in Verbesserungen der Infrastruktur und in Fortschritte der politischen Bildung, wäre natürlich eine viel nachhaltigere Wirkung erzielt worden. Selbst wenn der Frieden noch für lange Zeit prekär geblieben wäre, wären doch auf diese Weise tausend Milliarden Dollar viel zukunftssträchtiger investiert gewesen als in einen moralisch gescheiterten Krieg.

Kriegsinstinkt und Friedensvernunft

Sicher darf man in der Politik nicht erwarten, dass grundlegend neue moralische Argumente in wenigen Jahrzehnten politische Früchte tragen, auch nicht in Sachen Krieg und Frieden. Selbst ökonomische Erkenntnisse sind, so sehr sie moralische Einsichten in der Friedenspolitik stützen mögen, letztlich doch immer Vernunftgeburten. In Sachen Krieg und Frieden aber regiert auch in westlichen Demokratien noch immer nicht die Vernunft, nicht die moralische

und auch nicht die ökonomische. Großen Einfluss auf die friedenspolitische Willensbildung hat, wie die jüngere Vergangenheit beweist, auch im Westen noch immer archaischer Instinkt. Dies ist einer der Gründe dafür, dass auch in der Demokratie die ökonomischen und moralischen Abgründe der realen Friedenspolitik so wenig Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben. Auch demokratische Politik ist noch davon geprägt, dass archaische Instinkte eher einer einfachen Logik des Krieges zuneigen als einer anspruchsvolleren Logik des Friedens. Nur insoweit diese archaischen Instinkte gezähmt sind, kann ökonomische Vernunft in der Friedenspolitik Gehör finden, und nur insoweit ökonomische Vernunft sich durchsetzt, kann sich allmählich auch eine vernunftbegründete friedenspolitische Moral entfalten. Für das politische Bewusstsein bleibt dies auch in demokratischen Staaten noch ein weiter Weg.

Ein weiter Weg ist es aber auch für die Entwicklung der politischen Institutionen. Erst in einem neokratischen Staatswesen nämlich wären die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass eine fortgeschrittene Vernunft auch in der politischen Praxis vollständig zur Geltung kommt. Dies gilt in besonderem Maße für die Friedenspolitik. Gerade dieses Politikfeld nämlich erfordert einen viel profunderen und gleichzeitig viel breiter gefächerten Sachverstand, als er in herkömmlichen Staatsformen gedeihen kann.